



Tätigkeitsbericht 2023

Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM), Deutsche Sektion e.V.,
Edisonstraße 5, 60388 Frankfurt/Main, www.menschenrechte.de

Tätigkeitsbericht 2023

im Rahmen der
52. Jahrestagung der IGFM
am 20. April 2024 in Bonn

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Mitglieder, Freunde und
Förderer der IGFM,

75 Jahre Allgemeine Erklärung der
Menschenrechte

Wir haben diesen Jahrestag – 10. Dezember – zum Anlass genommen, darauf hinzuweisen, dass auch im Berichtsjahr die Menschenrechte weltweit auf das Größte verletzt wurden. Zahlreiche Diktaturen verstecken sich hinter den Kriegen in der Ukraine und im Nahen Osten, um ihre Barbarei ungestört fortzusetzen.

Einige Beispiele:

- China macht sich weiterhin des Völkermords an den Uiguren schuldig. Es betreibt unverändert die Auslöschung der tibetischen Kultur und Religion. Zugleich wird das unabhängige und demokratische Taiwan militärisch bedroht. Hongkong wurde nach und nach mit der chinesischen Diktatur gleichgeschaltet.



IGFM-Vorsitzender Edgar Lamm mit Ray Wong aus Hongkong

- Die türkisch-aserbaidschanische Aggression gegen Armenien hat zur Vertreibung von 100.000 Armeniern aus der Region Berg Karabach geführt. Armenien – das älteste christliche Land der Welt – sieht sich in seiner Existenz bedroht.
- Das iranische Mullah-Regime vollstreckt weiterhin Todesurteile gegen Oppositionelle. Mit Hilfe eines verschärften Kopftuch-Gesetzes werden Frauen, die sich dem Kopftuchzwang widersetzen, rücksichtslos verfolgt. Der Iran unterstützt zudem Terrorgruppen wie Hisbollah und Hamas.

Ukraine

Nach über zwei Jahren stehen wir nach wie vor fassungslos vor der an Unmenschlichkeit und Mitleidlosigkeit kaum zu überbietenden Brutalität des russischen Überfalls auf die Ukraine.

Besonders tragisch ist, dass die Ukraine schon drei Mal Opfer eines Völkermords wurde:

- In den 1930er Jahren starben während der von Stalin absichtlich herbeigeführten Hungersnot geschätzt vier Millionen Ukrainer. Der Holocaust, an den in der Ukraine je-

Inhaltsverzeichnis

Tätigkeitsbericht 2023	Seite 1
Gefangene des Monats 2023	Seite 8
Vorträge und Grußworte	
Peter Heidt MdB	Seite 9
Michael Gahler MdEP	Seite 10
Roderich Kiesewetter MdB	Seite 11
Finanzbericht und Prüfvermerk	Seite 12
Impressum	Seite 12

Die aktuell gravierendste staatliche Menschenrechtsverletzung ist allerdings der russische Überfall auf die Ukraine. Die Ukraine muss weiterhin mit allem und in jeder Hinsicht unterstützt werden. Sollte Putin diesen barbarischen Krieg gewinnen, wird er sich ermutigt sehen, weitere Nachbarstaaten anzugreifen.





Lew Ponomarew, Mitbegründer von „Memorial“, spricht bei der Jahrestagung über Russland

- Zu Stalins Hochzeiten war es üblich, dass Todesurteile nach willkürlichen Quoten erfolgten. Also Parteibe-zirk X 10.000 Hinrichtungen, Parteibe-zirk Y 20.000 Hinrichtungen und so weiter. Wobei die örtlichen Partei-funktionäre stets um Übererfüllung des Plansolls bemüht waren.
- Der Gipfel des Zynismus wird in Stalins Aussage deutlich, dass die Hinrichtung Unschuldiger eine grö-ßere disziplinierende Wirkung auf die Bevölkerung hat, als die Hin-richtung Schuldiger.

Für die Unterstützung der Ukraine ha-ben wir im Berichtsjahr den größten Einzeletat verwandt.

Wir unterhalten ein Büro in Kiew und fi-nanzieren dort ein Dutzend Mitarbeiter, die die Hilfsmaßnahmen koordinieren.

des Jahr am 28. November erin- nert wird.

- Anfang der 1940er Jahre brachten die Nationalsozialisten unvorstell- bares Leid über die Ukraine.
- Und heute ist es Putins Russland, das die Ukraine als selbstständigen Staat auslöschen will.

Viele Menschen fragen sich, warum die russische Armee derart grausam vorgeht. Warum werden konsequent zivile Ziele mit Raketen beschossen? Kindergärten, Krankenhäuser, ja so- gar Museen. Warum werden in erober- ten Orten die Bewohner wahllos ab- geschlachtet, z. B. in Butcha?

Warum werden Schwerverbrecher als Soldaten eingesetzt?

Nicht wenige Historiker sind der An- sicht, dass die jahrzehntelange bru- tale Herrschaft von Lenin, Stalin und anderen die Gewalt tief im Bewusst- sein von Staat und Gesellschaft ein- gepflanzt hat.

Auch die Tatsache, dass angeblich je- der dritte volljährige russische Mann im Gefängnis war oder noch ist, weist in diese Richtung.

Das mag nun als Erklärung stimmen oder auch nicht. Immerhin stehen nicht alle Russen hinter Putins Ver- nichtungskrieg.

Gesichert scheint mir allerdings, dass die in Russland fehlende Aufarbeitung

der Stalin-Gräuel zur Folge hat, dass die kriegerische Gewalt in Russland Konjunktur hat.

Auch der Zynismus der Stalinchen Ver- brechen hat Auswirkungen bis heute.

Für diesen Zynismus drei Beispiele:

- Stalin warnte Deserteure mit den Worten: „Wir sind die einzige Ar- mee, in der das Zurücklaufen ge- gefährlicher ist als das Voranlaufen.“ Damit machte er deutlich, dass hin- ter den Soldaten Politkommissare postiert waren, die jeden Deserteur erschossen haben.

Nur einige Beispiele:

- Seit dem Überfall der russischen Ar- mee auf die Ukraine sind landesweit fast 4.000 Schulen zerstört oder er- heblich beschädigt worden. Ein ge- regelter Unterricht ist derzeit nicht möglich. Jede fünfte Schule in der Ukraine kann den Unterricht nur noch online anbieten. Das Lernen am Bildschirm ist aber eher für Ju- gendliche als für Schulanfänger ge- eignet. Die IGFM hilft hier mit Schul- und Schreibmaterial.
- Die ukrainische Sektion der IGFM hat als Teilnehmer an einem UN-



Peter Heidt MdB und Edgar Lamm mit Liusiena Zinovkina, deren Ehemann nach Russland verschleppt wurde



IGFM-Tagung mit der Sektion Armenien

Hilfsprogramm für Binnenflüchtlinge und Menschen, die in ihrer Mobilität eingeschränkt sind, Tausende Notleidende mit Wasser, Hygieneartikeln und Medikamenten versorgt.

- Mehrere tausend Binnenflüchtlinge erhielten im Dezember über 15 Verteilstationen der IGFM humanitäre Hilfe und eine Weihnachtstüte. Für Erwachsene mit Gebäck und Obst und einem kleinen Geldbetrag, für die Kinder ein altersgerechtes Spielzeug. Trotz Beschuss erreichten die IGFM-Helfer auch alte Menschen in entlegenen Orten.
- Gemeinsam mit dem Menschenrechtszentrum Cottbus haben wir mehrfach das Kinderkrankenhaus Odessa unterstützt. So haben wir wertvolle medizinische Geräte und ärztliches Verbrauchsmaterial geliefert. Außerdem wurde ein Rettungswagen zur Verfügung gestellt.

Armenien

Im Herbst 2023 wurden wir Zeugen der Vertreibung der Armenier aus Berg Karabach durch die aserbaidsschische Regierung.

Wir haben sofort nach Beginn der Flucht der Armenier unserer Sektion in Armenien finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt, damit sie ankommende Flüchtlinge empfangen und Erste Hilfe leisten kann. Inzwischen ist Berg Karabach von Armeniern entvölkert. Über 100.000 Flüchtlinge sind inzwischen in Armenien angekommen. Die Aufnahmebereitschaft ist groß, doch

der Hilfebedarf übersteigt die Möglichkeiten des kleinen Landes mit nur rund drei Millionen Einwohnern.

Die Besetzung Berg Karabachs durch Aserbaidsschan scheint nur der Beginn eines Feldzuges zu sein, an dessen Ende die Vernichtung des ersten christlichen Staates der Welt stehen könnte.

Die IGFM hat schon immer eine klare Position zur notwendigen Anerkennung des Völkermordes an den christlichen Armeniern 1915 eingenommen.

Das türkisch-aserbaidsschische Bündnis betreibt seit Jahrzehnten eine

zerstörerische Politik gegen Armenien. Gemeinsam haben sie es wirtschaftlich ausbluten lassen. Den Völkermord an den Armeniern von 1915 leugnen sie bis heute.

Aserbaidsschan hat seine Öl-Milliarden in die Aufrüstung für die Karabach-Kriege gesteckt. Aserbaidsschische Schulkinder werden schon von der Pike auf über die „barbarischen armenischen Feinde“ indoktriniert. All dies zeigt eine systematische Vernichtungspolitik gegenüber Armenien.

Die in jüngerer Vergangenheit vom aserbaidsschischen Präsidenten Ilham Alijew mehrfach öffentlich wieder-



Dr. Liubov Nemcinova, Vizepräsidentin der International Society for Human Rights, informiert über Moldawien



Mariam Claren spricht über ihre im Iran inhaftierte Mutter

holte Leugnung der Existenzberechtigung Armeniens (er nennt es „West-aserbaidshan“) und die nun in Berg Karabach zelebrierte Umbenennung von Straßen nach Hauptverantwortlichen des Völkermordes von 1915 lassen Böses für die Zukunft des Staates Armenien erahnen.

Wir wollen unsere Hilfe für die Flüchtlinge in Armenien ausbauen.

in Oslo am 10. Dezember 2023 wurde sie von ihren Kindern vertreten.

Hinter dem symbolisch leeren Stuhl auf der Bühne hing ein Porträt der Preisträgerin mit offenem Haar – eine Anspielung auf den Kopftuchzwang im Iran.

Das Schicksal von Narges Mohammadi steht beispielhaft für viele Frauen im Iran, deren Menschenrechte unter-

drückt werden und die dies nicht hinnehmen wollen. Narges Mohammadi setzt sich seit Jahren selbstlos und mit großem Mut sogar aus dem Gefängnis heraus für ihre Mitmenschen ein.

Der Iran war neben der Ukraine eines unserer Schwerpunktländer im Berichtsjahr 2023. Die Gotteskrieger ziehen eine Blutspur durch das Land.

Wir haben berichtet über Berufsverbote, über gesetzliche Verschärfungen des Kopftuchzwangs sowie die Proteste zum Gedenken an das Polizeioffer Jina Mahsa Amini am 16. September 2023, dem Jahrestag ihres Todes. Auf dem Römerberg in Frankfurt versammelten sich an diesem Tag hunderte Teilnehmer einer Veranstaltung, die von der IGFM unterstützt wurde.

Wir haben regelmäßig berichtet über Hinrichtungen von politischen Gefangenen.

Berüchtigt für seine Todesurteile ist Abolqasem Salavati, der als Todesrichter bekannt ist und der bisher 30 Todesurteile sowie mehr als 1.500 Jahre Haft verhängt hat.

Die Urteile von Salavati werden in Schauprozessen gefällt: Ohne freie Wahl eines Rechtsbeistands auf der

Iran

Im Herbst letzten Jahres hatten wir ausnahmsweise Grund zur Freude. Die iranische

Menschenrechtsaktivistin Narges Mohammadi wurde für ihren unermüdlischen Einsatz mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet.

Wir sehen darin ein Zeichen der Hoffnung für die Frauen Irans, die sich gegen den Kopftuchzwang und die damit verbundene Unterdrückung wehren.

Narges Mohammadi ist Teil des IGFM-Patenschaftsprogramms, in dessen Rahmen sich zahlreiche Abgeordnete für politische Gefangene einsetzen.

Folgerichtig haben wir Narges Mohammadi herzlich zum Friedensnobelpreis gratuliert.

Sie konnte den Preis leider nicht persönlich entgegennehmen, da sie sich im berüchtigten Evin-Gefängnis in Teheran befindet. Bei der Preisverleihung



Prof. Dr. Thomas Schirmacher, Präsident des Internationalen Rates der IGFM, bei der Jahrestagung



Vorstandsmitglied Carmen Jondral Schuler moderiert die Länderberichte während der Jahrestagung

Grundlage erzwungener Geständnisse und unter dem Einfluss von Vernehmungsbemängten des Geheimdienstministeriums und der Revolutionsgarden.

Irak

Das islamische Recht benachteiligt jesidische und christliche Kinder

Und das geht so:

Alle Schüler im Irak müssen den Koran lernen und dazu Prüfungen ablegen.

Nicht-Muslime werden im Schulalltag benachteiligt, insbesondere jesidische Schulkinder, deren Religion nicht als Buchreligion anerkannt ist.

Kinder, die jetzt mit ihren Eltern in ihre Heimatregion Shingal ziehen, haben nur geringe Chancen, einen ordentlichen Schulabschluss zu erlangen.

Die Ergebnisse von Befragungen und Untersuchungen der IGFM in den Siedlungsgebieten der Jesiden im Nordirak sind niederschmetternd.

Viele dieser Kinder können nicht richtig lesen und schreiben. Sie werden von ihren

Klassenkameraden gehänselt und gemieden, wie sie selbst berichten. In der Folge fällt die Zahl der jesidi-

schen Schulabbrecher überproportional hoch aus.

Das Problem lese- und schreibschwacher jesidischer Schüler ist bekannt. Die IGFM will die Kinder, die jetzt im Shingal-Gebiet wohnen und eingeschult werden, unterstützen. Wir wollen im Ort Khanasor in der Nähe der Bezirksstadt Sinun im Shingal-Gebiet einen Kindergarten um eine Vorschule erweitern, in der die Kinder auf ein höheres Niveau gebracht werden.

Den bestehenden Kindergarten besuchen 32 Kinder, die auf den Schulbesuch vorbereitet werden. Die IGFM hat sich für den Einsatz einer Lehrerin entschieden, die sich schon durch Alphabetisierungskurse in Flüchtlingslagern bewährt hatte.

Syrien

Man muss sich die kriegerische Situation in und um Syrien konkret vorstellen:

Die russische Luftwaffe beschießt Drohnenfabriken von Rebellen im Nordwesten Syriens.

Die türkische Artillerie beschießt Kurdenmilizen im Nordosten Syriens.

Proiranische Milizen beschießen amerikanische Stützpunkte.

Die syrische Luftwaffe beschießt seit Jahren die eigene Bevölkerung.

Mehr Beschuss von allen Seiten geht eigentlich gar nicht.

Immer mehr Syrer sehen ihr Heil nur noch in der Flucht aus der gesamten Region. Um dem entgegenzuwirken unterstützt die IGFM die Blauen Maristen, einen katholischen Orden, der u.a. ein Schulprogramm unterhält.

Damit werden 120 Kinder aus ärmlichen Familien unterstützt. Im Berichtsjahr wurden 40 Kinder neu in das Programm aufgenommen.

100 Jahre Türkei

In den Berichtszeitraum fiel der 100. Jahrestag der Gründung der Türkei – am 29. Oktober 2023.

Solche Jahrestage sind für uns stets ein geeigneter Anlass, uns zu Wort zu melden.

Wir haben in einer Pressemitteilung von der Türkei die Achtung der Menschenrechte verlangt.

Wenn die Türkei Mitglied der westlichen Wertegemeinschaft sein will, muss sie die Religionsfreiheit und Minderheitenrechte sowie die Presse- und Meinungsfreiheit schützen. Wir fordern

die Freilassung aller politischen Gefangenen, darunter zahlreiche Journalisten, und die Unabhängigkeit der Justiz. Zudem muss die Türkei sofort die Bombardierungen Nordost-Syriens und im Nordirak einstellen.

Die türkische Regierung muss alle Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte, die eine Freilassung von Journalisten, Politikern und Menschenrechtsverteidigern fordern, unverzüglich umsetzen.

Die EU-Kommission hat zuletzt 2022 festgestellt, dass sich die Menschenrechtssituation in der Türkei weiter verschlechtert und die Aktivitäten von Journalisten, Schriftstellern, Anwälten und Menschenrechtsverteidigern eingeschränkt werden.

Wir erinnern daran, dass sich die Türkei vor 100 Jahren im Lausanner Vertrag vom Juli 1923 mit ausdrücklicher Bezugnahme auf die nichtmuslimischen Minderheiten zur Gleichbehandlung aller Staatsbürger unabhängig von ihrer Religionszugehörigkeit verpflichtet hat.

Wir fordern daher:

- Verankerung von Minderheiten- bzw. Volksgruppenrechten in der Verfassung und Ratifizierung der Europäischen Charta für Regional- oder Minderheitensprachen.
- Rechtliche Anerkennung des griechischen Patriarchats in Istanbul und offizielle Anerkennung des Titels „Ökumenischer Patriarch“.
- Vollständige Umsetzung des Dekrets aus dem Jahr 2011 zur Rückgabe bzw. Entschädigung bei enteignetem Eigentum nichtmuslimischer Stiftungen.
- Öffnung der seit 1971 geschlossenen theologischen Hochschule der griechisch-orthodoxen Kirche auf Chalki und Öffnung des Heilig-Kreuz-Seminars der armenisch-orthodoxen Kirche.
- Anerkennung der gegen die Arminer, Assyro-Aramäer und andere Christen gerichteten Pogrome von 1915 im damaligen Osmanischen Reich als Völkermord und entsprechende Zulassung offizieller Gedenkveranstaltungen.
- Beendigung der Landenteignungen zu Lasten der syrisch-orthodoxen

Klöster im Tur Abdin im Südosten der Türkei, insbesondere beim Kloster Mor Gabriel.

Pakistan

Die Lage für die Christen in Pakistan ist anhaltend bedrohlich. Mehrfach mussten sich Bewohner christlicher Stadtviertel oder Dörfer im Sommer 2023 vor aufgebrauchten Menschenmengen in Sicherheit bringen. Der Mob war von Hasspredigern aufgehetzt worden, die die Christen unter Generalverdacht stellten.

Wir erinnern uns an den traurigen Tiefpunkt am 16. August 2023, als es in der Stadt Jaranwala (im Distrikt Faisalabad/Provinz Punjab) infolge von Blasphemie-Vorwürfen zu Ausschreitungen gegen eine mehrheitlich von Christen bewohnte Siedlung kam.

Mitte des Jahres waren es die mehrfachen Koranverbrennungen in Schweden, mit denen Islamisten in Pakistan gewaltsame Übergriffe auf religiöse Minderheiten wie die Christen rechtfertigten.

Mehrfach konnten wir tragische Schicksale abwenden und Verfolgte retten. So konnten wir den jungen pakistanischen Christen Sunny Waqas, der wegen angeblicher Gotteslästerung angeklagt war, vor Racheakten schützen und an einem sicheren Ort unterbringen.

Wir erhalten regelmäßig Anfragen von unseren Partnern vor Ort, um verfolgte pakistanische Christen in sogenannten „Safe Houses“ verstecken zu können. Wir helfen in diesen Fällen mit Zuschüssen zum Lebensunterhalt.

In ganz dramatischen Fällen bleibt nur die Flucht ins Ausland, die wir dann unterstützen.

Ein weiteres übles Verfolgungsbeispiel sind jene Fälle, in denen junge christliche Frauen entführt werden und von ihren männlichen Entführern gezwungen werden, zum Islam zu konvertieren.

Selbst wenn diese Fälle vor Gericht landen, müssen sich die Entführer noch nicht einmal wegen ihrer Taten verantworten. Das in Pakistan geltende islamische Recht (Scharia) stützt die Version der Entführer. Die Entführte Frau habe demnach ihren christlichen

Mann freiwillig verlassen und sich dem Islam zugewandt. Damit wird die vorherige christliche Ehe ungültig, denn kein Christ darf mit einer muslimischen Frau verheiratet sein.

China

Derzeit sind in Hongkong 1.672 Personen wegen ihrer politischen Aktivitäten inhaftiert.

Darunter sind Führer von Nichtregierungsorganisationen, Gewerkschafter, Journalisten, Lehrer, Professoren, Studenten, Oppositionspolitiker und Anwälte.

Die meisten von ihnen wurden wegen der Proteste im Jahr 2019 festgenommen und bestraft. Dies bestätigte der Hongkonger Demokratie-Aktivist **Ray Wong** bei unserer Herbsttagung in Frankfurt zum Thema

Aufstände gegen Diktaturen

in Erinnerung an 70 Jahre 17. Juni 1953

Junge Menschen werden in Hongkong besonders verfolgt. Drei Viertel der politischen Gefangenen sind unter 30 Jahre alt. 15 Prozent sind minderjährig.

Nach Angaben des 2020 eröffneten Nationalen Sicherheitsbüros in Hongkong wurden bis Ende September 2023 insgesamt 279 Personen auf Grundlage des Nationalen Sicherheitsgesetzes verhaftet.

Internetfreiheit

Im Gegensatz zu Festlandchina, wo das Internet durch eine „Große Firewall“ abgeriegelt ist, konnten die Menschen in Hongkong bisher noch relativ frei im Internet surfen. Es gab keine Websites, die aus politischen Gründen verboten waren. Mit dem Nationalen Sicherheitsgesetz versucht die Regierung jedoch, einige pro-demokratische Webseiten zu verbieten. Dazu gehört auch die Website der Menschenrechtsgruppe „Hong Kong Watch“.

Obwohl die Hongkonger Regierung nicht ausdrücklich erklärt hat, dass sie eine Internet-Firewall errichten wird, befürchten viele Oppositionelle, dass dies nur eine Frage der Zeit ist.



Teilnehmer der IGFM-Jahrestagung

Kuba

Hier erinnern wir wiederholt an den Deutsch-Kubaner Luis Frómata Compte aus Dresden.

Er wurde am 11. Juli 2021 festgenommen, weil er mit seinem Handy friedliche Proteste auf Kuba aufgezeichnet hatte. Frómata war zu dem Zeitpunkt im Urlaub auf Kuba und sitzt seitdem eine 15-jährige Haftstrafe ab. Mehrfach wurde uns von Misshandlungen berichtet.

Der Dresdener Bundestagsabgeordnete Lars Rohwer hat die politische Patenschaft für ihn übernommen und setzt sich zusammen mit der IGFM für dessen Freilassung ein. Mit der Familie in Dresden sind wir in regelmäßigem Kontakt.

Zudem wurde der Schwager von Luis Frómata Compte, Aldo Delgado Romero, wegen „Volksverhetzung“ angeklagt. Hier haben wir also einen Fall von Sippenhaft.

Nicaragua

Es gibt in Lateinamerika ein Land, in dem es noch schlimmer zugeht als in Kuba und Venezuela. Und das ist Nicaragua.

Dort regiert Langzeitdiktator Präsident Ortega, unterstützt von seiner Ehefrau, die er praktischerweise zu seiner Vizepräsidentin ernannt hat.

Wir haben die schweren Menschenrechtsverletzungen in Nicaragua wiederholt angeklagt. Insbesondere die Verfolgung der Katholischen Kirche.

Der Bischof von Matagalpa, Rolando José Álvarez Lagos, wurde im Februar 2023 von einem nicaraguanischen Gericht zu 26 Jahren Gefängnis wegen „Ungehorsam und Untergrabung der nationalen Integrität“ verurteilt. Bischof Álvarez hatte sich zuvor geweigert, Nicaragua zu verlassen und ins Exil in die Vereinigten Staaten zu gehen.

222 weitere Personen, darunter Priester, Seminaristen und politische Gegner waren bereits des Landes verwiesen worden. Ganz offensichtlich strebt das Regime ein priesterloses Nicaragua an. Wohl wissend, dass Kirchenangehörige zu den schärfsten Kritikern der Familiendiktatur Ortega gehören.

Die IGFM hatte auf das Schicksal von Bischof Alvarez bereits im August 2022 hingewiesen, als dieser verhaftet wurde. 2023 erfolgte dann das barbarische Urteil.

Im Januar 2024 wurde er nun frei gelassen und befindet sich mittlerweile im Vatikan.

Nicaraguas diktatorisch regierender Präsident Ortega geht immer rücksichtsloser gegen die im Lande hoch angesehene Katholische Kirche vor. Dazu gehören Zwangsschließungen karitativer Organisationen und katholischer Radiosender, Brandschatzungen von Kirchengebäuden, Polizeikon-

trollen im Umfeld von Gottesdiensten und Störungen derselben sowie Drohungen gegen Gläubige.

Eine besonders perfide Methode der Verfolgung von Oppositionellen ist übrigens die **Streichung der Altersrentenansprüche**. Man löscht ihre Daten einfach aus dem Verzeichnis der Sozialversicherung.

Beliebt bei Diktatoren ist auch die Aberkennung der Staatsangehörigkeit. Die Betroffenen werden damit zu Staatenlosen und können nirgends hinreisen. Der Pass wird ihnen abgenommen.

555. Hilfstransport der AG Wittlich

Die Arbeitsgruppe Wittlich der IGFM mit Katrin Bornmüller an der Spitze brachte im Juni 2023 ihren 555. Hilfstransport auf den Weg.

Die IGFM-Arbeitsgruppe Wittlich hat in nunmehr 34 Jahren humanitäre Hilfstransporte nach Rumänien, Bosnien-Herzegowina, Albanien, Litauen, Lettland, Kroatien, in Flüchtlingslager in Kurdistan im Irak, in die Türkei und nach Syrien verschickt.

Die Stadt Wittlich mit Bürgermeister Joachim Rodenkirch unterstützt diese Arbeit. Dafür danken wir bei dieser Gelegenheit von Herzen.

Ein besonderer Dank geht an die vielen Ehrenamtlichen, die nie müde wer-

den, Menschen, die nicht selbst verschuldet in große Not geraten sind, aktiv zu helfen.

Die humanitäre Hilfe hat bei der IGFM eine lange Tradition: Schon von 1980 bis 1990 haben wir tausende Pakete in die DDR, nach Rumänien, an Solidarnosc in Polen und in die damalige Tschechoslowakei geschickt.

Der 555. Transport der AG Wittlich ging nach Litauen. Auch das ist kein Zufall. 1991 ging einer der ersten Hilfstransporte in das Baltikum. Die IGFM-Delegation wurde damals vom ersten litauischen Staatspräsidenten Vytautas Landsbergis empfangen, der seitdem Mitglied des Kuratoriums der IGFM ist.

Wir sind stolz darauf, dass damit alle drei baltischen Staaten in unserem Kuratorium vertreten sind:

Aus Estland ist es Mart Niklus, langjähriger politischer Häftling in der ehemaligen Sowjetunion.

Aus Lettland ist es Professor Valters Nollendorfs, Gründer des lettischen Okkupationsmuseums in Riga.

Litauen ist ein Schwerpunkt unserer Arbeit. Dort befinden sich zahlreiche ukrainische und belarussische Flüchtlinge. Diese werden von der litauischen

IGFM-Sektion und dem Flüchtlingsverein Nash DOM („Unser Haus“) unterstützt.

Insgesamt wurden 2023 17 Transporte geladen, davon 13 nach Litauen, 3 nach Kroatien und 1 nach Lettland.

AG Fulda

Ähnlich wie die AG Wittlich konzentriert sich auch die IGFM-AG Fulda auf die humanitäre Hilfe. Sie wurde schon 1989 gegründet.

Ein thematischer Schwerpunkt der Arbeit ist der Schutz der Kinderrechte. Bildung ist der Fuldaer IGFM-Arbeitsgruppe mit Gunter Goebel an der Spitze ein besonderes Anliegen.

Seit über 30 Jahren unterstützt die Gruppe Fulda Schulprojekte in Rumänien. Insbesondere fördert sie den Schulbesuch durch Schulpatenschaften, durch Übernahme der Buskosten zu den höheren Schulen und durch Weitergabe von Schulmaterialien.

Zu Weihnachten 2023 konnten mehr als 240 Weihnachtspakete verteilt werden.

Die meisten Pakete wurden durch Spender aus der Region Fulda gepackt.

Ergänzt wurde die Lieferung durch Fahrräder, Schulranzen und Kopiergeräte sowie Videoprojektoren für die Partnerschulen in Unirea und Valea Canepii.

27 Familien wurden zu Weihnachten besucht, eine Schule in Valea Canepii, eine orthodoxe Armenküche, eine Nähstube und die Stiftung Lumina.

Einen Höhepunkt bildeten die Gespräche mit den Jugendlichen, deren Schulbesuch die AG fördert. Für fünf Schülerinnen und Schüler hat die Gruppe eine neue Schulpatenschaft übernommen.

Ich danke allen, die zum Erfolg unserer Arbeit beigetragen haben.

Dankbar erwähnen möchte ich die Frankfurter Bürgermeisterin Dr. Nargess Eskandari-Grünberg, die insbesondere unsere Iran-Arbeit engagiert unterstützt.

Edgar Lamm

Vorsitzender
Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM)
Deutsche Sektion e. V.

Gefangene des Monats 2023

Monat	Land	Name	Festnahme
Januar	Vietnam	Y Yich	13. Mai 2013
Februar	Myanmar	Hkalam Samson	4. Dezember 2022
März	Nicaragua	Rolando José Álvarez Lagos	10. Februar 2023
April	Indien	Ramesh Vasuniya	5. Dezember 2021
Mai	Pakistan	Anwar Kenneth	15. Juni 2001
Juni	Iran	Sakineh Mehri Behjati	16. April 2022
Juli	Pakistan	Nouman Asghar Masih	1. Juli 2019
August	China	Deng Yanxiang	24. Mai 2023
September	Vietnam	Y Pum Bya	10. April 2018
Oktober	Iran	Anooshavan Avedian	21. August 2020
November	China	Chang Hao	14. April 2023
Dezember	Eritrea	Haile Naizgi	23. Mai 2004



Peter Heidt MdB

Sprecher für Menschenrechte und humanitäre Hilfe der FDP-Bundestagsfraktion

Liebe Freundinnen und Freunde der Menschenrechte,

Ich freue mich sehr, heute hier bei Ihnen zu sein und der IGFM für ihr unermüdliches Engagement zu danken. Die wertvolle Zusammenarbeit mit Ihnen und der wichtige Austausch sind für mich immer wieder eine Bereicherung und Anregung für meine Arbeit in Berlin.

Wir leben in einer freiheitlichen Demokratie mit einem Grundgesetz, das Menschenrechte als Grundpfeiler festschreibt. Auch wenn unsere Demokratie nicht perfekt ist, so glaube ich doch, dass wir auf unser Grundgesetz stolz sein können, und dass wir uns immer wieder darum bemühen, dieses Grundgesetz und die darin enthaltenen Menschenrechte zu verteidigen und dafür zu sorgen, dass diese Menschenrechte universelle Geltung haben.

Vor 75 Jahren haben sich in Paris Menschen versammelt. Vereint durch die Vision eines friedlichen und freien Zusammenlebens legten sie den Grundstein für die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, die heute Richtschnur ist für unser Engagement. Sie findet sich ja auch in vielen Verfassungen dieser Welt wieder.

Die Geschehnisse in der Welt zeigen aber, dass das Ideal der Freiheit immer wieder auf eine harte Probe gestellt wird. Die Errungenschaften der Erklärung der Menschenrechte werden zunehmend angegriffen, Regierungen beschneiden elementare Rechte,

sprechen einzelnen gesellschaftlichen Gruppen ihre Rechte ab. In unserer Weltordnung hat sich eine Zeitenwende vollzogen. Wir befinden uns in einem Systemwettbewerb zwischen liberalen Demokratien wie in Deutschland und diesen illiberalen und autoritären Regimen. Damit geraten die international anerkannten Menschenrechte zunehmend unter Druck.

Das ist nicht von heute auf morgen geschehen, sondern das war ein schrittweiser Prozess. Vor 20 Jahren war das Verhältnis noch anders. Heute sind 63 von 137 untersuchten Ländern noch Demokratien, aber 74 sind mittlerweile Autokratien. Die Folgen für die Menschen in diesen Ländern sind schwerwiegend und für uns kaum vorstellbar. Ihr Leben ist gezeichnet von Gewalt, Repressionen, unfairen Gerichtsverfahren und stark eingeschränkten Freiheiten wie der Versammlungs-, Meinungs- und Pressefreiheit. Sie fühlen sich einem Staat gegenüber ohnmächtig, der sie nicht schützt, sondern drangsaliert.

Ein wichtiger Aspekt ist die Möglichkeit freier Wahlen. Die Demokratie lebt davon. Viele Menschen haben diese Möglichkeit nicht mehr oder kaum noch. Die Studie von Bertelsmann zeigt, dass in den letzten zehn Jahren in 75 Ländern immer weniger freie und faire Wahlen stattgefunden haben. Das ist sehr problematisch und ein Problem für uns. Wenn wir jetzt nach Indien auf die Wahlen dort schauen, dann müssen wir hoffen, dass es irgendwie doch noch demokratische Wahlen sind. Aber man kann seine Zweifel haben. Der Hindu-Nationalismus ist weiter auf dem Vormarsch mit gravierenden Folgen nicht nur für Moslems, sondern auch für Christen.

Als Sprecher für Menschenrechte der FDP-Bundestagsfraktion bin ich mit sehr vielen Menschen in Kontakt aus all diesen Ländern. Ich bin beeindruckt von den jungen Frauen, die aus dem Iran geflohen sind. Neulich hatte ich eine Besucherin bei mir mit Verletzungen am Arm durch Schusswunden. Aber sie kämpfen weiter.

Menschen aus China, die aus diesen uigurischen Zwangs- und Konzentra-

tionslagern geflohen waren. Frauen, die erst vergewaltigt wurden und denen danach operativ die Gebärmutter entfernt wurde. Eine unvorstellbare Grausamkeit in Tibet: 80% der tibetischen Kinder sind nicht mehr bei ihren Familien, sondern in Internaten, um zu ordentlichen Chinesen umerzogen zu werden. Damit nimmt man ihnen ihre kulturelle Identität.

Im Mittleren Osten im Iran erleben wir tragische Entwicklungen mit Hinrichtungen ohne Ende. Fahid Afkari, für den ich die politische Partnerschaft übernommen habe, befindet sich seit 1300 Tagen in Einzelhaft. Das Mullah-Regime setzt auf Unterdrückung. Meinungsfreiheit existiert nicht. Frauen werden systematisch drangsaliert, aber die Bevölkerung gibt nicht auf. Ich glaube, dass uns der Mut dieser Menschen ein Vorbild und eine Aufforderung sein muss, dass wir uns hier weiter engagieren.

Nur 2,5 Flugstunden von hier entfernt wütet Russlands brutaler Angriffskrieg auf die Ukraine. Die gravierenden Menschenrechtsverletzungen in Orten wie Butscha oder Erpin schockieren uns. In Mariupol sind tausende Menschen gestorben. Menschen fliehen, Familien werden auseinander gerissen. Die Lage der Kinder ist besonders tragisch. Viele sind nach Russland verschleppt worden. Ich war selbst in Odessa. Diese wunderschöne Stadt, die im Zweiten Weltkrieg nicht zerstört worden ist, und jetzt fallen dort Bomben, Raketen und Drohnen. Wenn Sie dann so ein zerstörtes großes Wohnhaus sehen und drum herum ist nichts außer Wohnungen, keine Armee ist dort, noch nicht einmal ein Bahnhof: Wie kann man sagen, dass das kriegswichtig sei! Nein, es ist ein reines Wohnviertel und dort sterben Frauen und Kinder. Mich hatte beeindruckt, wie die Menschen in Odessa trotzdem versucht haben, ein normales Leben weiter zu leben, dass sie sich nicht von diesem Krieg völlig zerstören lassen.

Ich glaube, wir müssen sehr viel dafür tun, dass wir die Ukrainer in ihrem Freiheitskampf unterstützen. Ich möchte an der Stelle ganz deutlich sagen, dass diese Bundesregierung

auch sehr viel für die Ukraine tut, und bei allen innenpolitischen Diskussionen können wir da auch stolz auf unser Land sein. Wir diskutieren ein bisschen, aber wenn wir diskutiert haben, dann haben wir auch entschieden und wir liefern den Panzer oder das Flugabwehrsystem. Wir liefern auch sehr zuverlässig. Die Ukrainer können sich auf uns verlassen. Das ist eben die typisch deutsche Art, dass wir dann auch sehr zuverlässig sind. Das unterscheidet uns schon ein Stück weit von anderen europäischen Ländern wie Frankreich, die nach unserer Auffassung viel mehr machen könnten als sie bisher tun.

Was wir brauchen, ist ein Sondertribunal. Wir müssen am Ende des Tages sagen: Die Aggression muss am Sondertribunal in Den Haag zu einer Anklage gebracht werden. Ein Mensch wie Putin darf nicht ungestraft davorkommen.

Sie haben das Baltikum angesprochen. Das Baltikum mit drei verschiedenen Ländern ist für mich faszinierend. Ich bin im Mai wieder im Baltikum, in Litauen. In der nächsten Woche habe ich ein Gespräch mit Abgeordneten aus dem Baltikum. Es gibt einen engen Austausch zwischen Deutschland und diesen drei baltischen Ländern. Ich möchte an dieser Stelle sagen, dass ich stolz darauf bin, dass wir dort in Litauen eine Kampfbrigade stationieren werden.

Wir rüsten jetzt erstmals wieder eine Kampfbrigade aus, nachdem wir leider unter der Kollegin Merkel die Verteidigung die Bundeswehr vernachlässigt haben. Aber ich bin auch stolz auf die Litauer, denn auch für sie ist das eine große Aufgabe, so eine große Einheit dort zu stationieren.

Wir zeigen damit gemeinsam, dass uns die europäischen Werte Freiheit, Demokratie, Menschenrechte wichtig sind. Dass wir sie gemeinsam verteidigen werden, ist auch ein Signal an die Russen: Nein, wir lassen uns nicht bange machen! Die Demokratie braucht uns alle, und ich kann sie nur bitten, Ihr Engagement fortzusetzen.

Menschenrechtsverteidiger brauchen nachhaltige Unterstützung und Schutz. Um für politische Gefange-

ne einzutreten, haben wir auf Bundesebene verschiedene Programme: Partnerschaftsprogramme, die Elisabeth-Selbert-Initiative. Es ist das oberste Ziel der deutschen Außenpolitik, die Handlungsfähigkeit multilateraler Organisationen zu erhalten, sie zu stärken und die Weiterentwicklung voranzutreiben. Liberale Demokratien brauchen Schutz vor extremen Einflüssen, gegen Desinformation und Manipulation. Wir brauchen mehr Medienkompetenz und Aufklärung besonders in den Schulen. Unsere Gesellschaft – und wir haben jetzt ja gesehen, wie die Russen auch in Deutschland agieren – muss sich wirklich in Acht nehmen. Ich war in Moldau und dort erzählt man sehr offen und klar, wie sehr die Russen versuchen, Einfluss auf die Gesellschaft zu nehmen und wie sie versuchen, sich dagegen zu verteidigen.

Wir sind hier vereint durch die IGFM, uns über Menschenrechte auszutauschen. Viele von uns setzen sich global für Menschenrechte ein. Menschenrechte sind ein Kernstück unserer Außenpolitik. Gemeinsam mit der EU müssen wir unsere Interessen definieren und eine Balance zwischen wertorientierter Außenpolitik und Realismus finden. Innerhalb unserer Grenzen müssen wir Menschenrechte verteidigen und schützen und Diskriminierung, Ungerechtigkeit und demokratische Defizite bekämpfen.

Es liegt also sehr viel Arbeit für uns. Ich möchte mich bei Ihnen ganz, ganz herzlich bedanken für Ihr Engagement, das Sie ja ganz wesentlich ehrenamtlich leisten. Der Einsatz für Menschenrechte lohnt sich. Ich will ein ganz kleines Beispiel nennen: Es gibt einen vietnamesischen Häftling, für den sich viele eingesetzt haben, auch ich. Und als wir ihn gemeinsam rausbekommen und nach Deutschland geholt haben, war bei mir in Bad Nauheim, in meiner Heimatstadt, mit seiner Frau. Er sagte zu mir „Ich habe heute meine Frau das erste Mal wieder lächeln gesehen“. Das von einem Menschen zu hören, der so viel ertragen hat, hat mich sehr berührt. Aber es zeigt uns: Es gibt immer wieder positive Signale, deshalb lohnt es sich, für Menschenrechte zu kämpfen.

Ich möchte mich ganz herzlich für Ihr Engagement bedanken.



Michael Gahler MdEP

Ausschuss für auswärtige
Angelegenheiten des Europäischen
Parlaments

Ich grüße Sie herzlich anlässlich Ihrer Jahrestagung der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte.

Ja, es ist Krieg in Europa und gerade jetzt müssen wir für Menschenrechte eintreten. Deswegen bin ich froh, dass Sie dieses Motto gewählt haben. Sie können versichert sein, dass Sie mit Ihrer Politik und mit ihrem Anspruch, für Menschenrechte einzutreten, meine volle Unterstützung haben, und ich möchte auch herzlich diejenigen Gäste begrüßen, die aus Russland gekommen sind.

„Memorial“ steht für das andere Russland, für das bessere Russland, für das Russland, das nicht seinen Nachbarn überfällt, für das Russland, das die Wahrheit ausspricht. Daher ist es so wichtig, dass sie eine Plattform auch bei der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte haben.

Als Europäische Union, als vereinter Westen stehen wir geschlossen hinter dem überfallenen Land, hinter den Menschen, die zu Millionen fliehen müssen, die Haus und Hof, ihr Hab und Gut verloren haben, und die hoffen, dass sie nicht alleine gelassen werden angesichts dieses aggressiven Russland.

Dieses Russland muss den Krieg verlieren. Die Ukraine muss gewinnen, damit Russland auch eine Zukunft haben kann, damit die Menschen in Russland aufwachen aus der Propagandabla-

se, in der das Regime sie gefangen hält. Und deswegen hören Sie bitte hier genau zu, was unsere Freunde aus Russland zu sagen haben, welche Empfehlungen sie geben, was wir tun können, damit einerseits die Ukraine diesen Krieg gewinnt, aber andererseits am Ende auch die Menschen in Russland die Zukunft gewinnen.

Es geht nicht, dass ein einsamer Diktator seine Politik fortsetzt. Er verachtet die eigenen russischen Menschen, er verheizt sie in den Schützengräben in der Ukraine und er verachtet alle Nachbarvölker, nicht nur die Ukrainer.

Dieses großrussische Herrenmenschen-tum, diese Mentalität, alle Nachbarn als den Russen untergeordnet zu betrachten, das kann keine Zukunft haben. Ein Russland, das seine politischen Fehler eingesteht, das bereut, ein solches Russland kann auch wieder Teil eines gemeinsamen Europa in der Zukunft werden.

Hätte Deutschland nach dem schrecklichen Krieg nicht gesagt „nie wieder“, dann wären wir auch heute noch isoliert. Aber wir müssen dafür sorgen, dass eben auch für die russische Zukunft eine Option, eine positive Option da ist, und nicht nur die Option mit Putin unterzugehen.

In diesem Sinne grüße ich Sie alle herzlich, wünsche Ihnen einen guten Verlauf der Veranstaltung und hoffe, dass wir uns bei nächster Gelegenheit wiedersehen und hoffentlich in Zukunft auch in einem besseren Russland wiedersehen.



Roderich Kiesewetter MdB

Obmann im Auswärtigen Ausschuss des Bundestages
Stellv. Vorsitzender des Parlamentarischen Kontrollgremiums

Liebe Mitglieder der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte,

es ist für mich eine große Ehre, hier ein Grußwort halten zu dürfen. Ich wünsche Ihnen alles Gute für Ihre Tagung! Ich erinnere mich noch sehr, sehr gerne zurück an das Jahr 1982, als ich eine Arbeitsgruppe der IGFM in Ellwangen gegründet habe. Als ersten Vorsitzenden konnten wir meinen Chemielehrer gewinnen.

Ich erinnere mich sehr gern an das Jahr 1990, als ich mit der IGFM und Herrn Ungar in Rumänien war, wo wir deutsche Pfarrer und viele Siedlungen besucht haben, in Siebenbürgen auch Ausreisewillige gesprochen und beraten haben und damals noch mit Überbleibseln der Securitate zu tun hatten. Aber wir konnten auch mit frei gelassenen politischen Gefangenen sprechen, mit Herrn Filipescu unter anderen.

Wir müssen uns wirklich alle zusammenschließen, deswegen danke ich Ihnen so für Ihre wichtige Arbeit, denn es geht um Frieden und Freiheit in Selbstbestimmung in Europa, es geht um unsere Sicherheit! Und die ist extrem unter Druck. Dieser Allianz aus China, Russland, Iran und Nordkorea geht es nicht nur um einzelne Staaten. Es geht darum, dass Gesellschaftsmodelle im Wettbewerb stehen. Unseres soll zerstört werden. Das Modell von Frieden, Freiheit in Selbstbestimmung und Sicherheit. Und dagegen soll ein Modell

gesetzt werden von völliger Kontrolle, von Entmündigung, von Lug und Trug, von einer ungeheuren Respektlosigkeit gegenüber dem Individuum.

Es geht also darum, ob unsere Art zu leben verteidigungsfähig ist. Und wenn unsere Freiheit wichtig ist, müssen wir die Ukraine stärker unterstützen und unsere Bevölkerung auch aufklären, dass dort furchtbare Kriegsverbrechen, Menschenrechtsverbrechen, ja auch ein Völkermord passiert. Wenn die Ukraine fällt oder der Konflikt eingefroren wird, weitet sich der Konflikt aus. Wir sehen das an Minsk I und Minsk II.

Mir ist aber auch wichtig daran zu appellieren – weil an diesem Wochenende der Bundeskanzler nach China reist – dass gerade in China die Freiheit der Uiguren, die Freiheit der Tibeter, die Freiheit in Hongkong zerstört ist und dass die soziale Kontrolle die Freiheit aller Menschen dort berührt und dass wir begreifen müssen, dass wir keine romantische Chinapolitik betreiben dürfen, sondern Chinapolitik auch bedeutet zu akzeptieren, dass Taiwan ein unabhängiger demokratischer Staat ist.

Deswegen müssen wir auch begreifen, dass es nicht um eine multipolare Ordnung geht, wo es Zonen unterschiedlicher Verantwortlichkeiten, unterschiedlicher Sicherheit und unterschiedlichen Rechts gibt, sondern dass wir die regelbasierte Ordnung, die seit 1945 mühsam aufgebaut wurde auf den Trümmern des von Deutschland verursachten Zweiten Weltkriegs, dass diese regelbasierte Ordnung der Maßstab für die verschiedenen Weltregionen ist und wir nicht die regelbasierte Ordnung als eine unter vielen sehen, wo die Stärke des Rechts unter Druck gerät durch das Recht des Stärkeren.

Die IGFM, die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte, steht für die Stärke des Rechts. Lassen Sie uns gemeinsam für die Stärke des Rechts, für Frieden und Freiheit in Selbstbestimmung und Sicherheit kämpfen! Ich danke Ihnen.

Einnahmen-/Ausgabenrechnung

für das Rechnungsjahr 2023 vom 01.01. – 31.12.2023

A. Einnahmen		
1.	Spenden	1.088.153,06 €
2.	Sachspenden	0,00 €
3.	Mitgliederbeiträge	32.957,23 €
4.	Verkauf	0,00 €
5.1	Zweckgebundene Zuschüsse (Projektmittel)	430.607,83 €
6	Bußgelder	0,00 €
6.2	BFD-Zuschüsse	0,00 €
7.	Zinsen	2.739,45 €
8.	Erbschaften/Vermächtnisse	265.520,66 €
9.	Jahresversammlung	3.117,00 €
10.	sonstige Einnahmen	19.507,24 €
	Summe A	1.842.602,47 €
B. Ausgaben		
1.	Russland/Ukraine	180.691,60 €
2.	sonstige Ost- und Südosteuropa	269.923,47 €
3.	Lateinamerika	18.024,54 €
4.	Afrika	28.495,21 €
5.	Asien	7.084,50 €
6.	Religionsfreiheit / verfolgte Christen	46.868,82 €
7.	Naher Osten	163.631,28 €
8.	Allgem. Menschenrechtsarbeit	214.193,14 €
9.	Allg. Verwaltungskosten	227.121,22 €
10.	Internationale Projektarbeit	586.018,76 €
11.	BFD-Aufwand	
12.	sonstiger Aufwand	4.012,60 €
13.	Jahresversammlung	40.951,21 €
14.	Afa	4.526,86 €
15.	Kosten des Geldverkehrs	7.367,04 €
16.	Aufwand Int. Rat/Sektionen	118.200,29 €
	Summe B	1.917.110,53 €
	Unterdeckung	-74.508,06 €
	Gesamtsumme	1.842.602,47 €

Bescheinigung des Prüfers

An den Verein Internationale Gesellschaft für Menschenrechte e. V., Frankfurt a. M.

Wir haben die Jahresrechnung – bestehend aus Einnahmen-/Ausgaben-Rechnung sowie Vermögensrechnung – unter Zugrundelegung der Buchführung des Vereins Internationale Gesellschaft für Menschenrechte e. V., Frankfurt a. M., für das Geschäftsjahr vom 1.1.2023 bis 31.12.2023 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht die Jahresrechnung den gesetzlichen Vorschriften und ihrer Auslegung durch die IDW RS HFA 14.

Frankfurt am Main, 31. Januar 2024

W + ST Wirtschaftsprüfung GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Dr. K. Hövermann F. Waldmann
Wirtschaftsprüfer Wirtschaftsprüfer

Spendenkonto

Bank für Sozialwirtschaft • IBAN: DE66 3702 0500 0001 4036 01 • BIC: BFSWDE33XXX

Impressum

Tätigkeitsbericht der IGFM für das Jahr 2023

Herausgeber: Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM), Deutsche Sektion e.V.

Redaktion: Edgar Lamm

Anschrift: IGFM, Edisonstr. 5, D-60388 Frankfurt am Main • Tel.: 069 - 420 108 0 • Fax: 069 - 420 108 33 • e-mail: info@igfm.de • Internet: www.igfm.de
Satz und Layout: Manuel Kimmerle • Druck: johnen-druck, Bernkastel-Kues • Fotos: IGFM, Witold Franke, Sajedeh Jalali, Michael Leh